



Marcel van der Linden

»... erkämpft das Menschenrecht«.
Vom Aufstieg und Niedergang klassischer
ArbeiterInnenbewegungen

Promedia | Wien 2024
216 Seiten, gebunden | 25,00 €
ISBN 978-3-85371-537-6

E-Book | 19,99 €
ISBN 978-3-85371-923-7

rezensiert von

Stefan Berger, Ruhr-Universität Bochum

Dieser Band, von einem der tiefsten Kenner der globalen Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung vorgelegt, ist Erfolgs- und Krisendiagnose zugleich. Zum Leidwesen der zeitgenössischen Arbeiterbewegungen liegt die Krisendiagnose in der Gegenwart, während die Erfolgsdiagnose in der Vergangenheit wurzelt. Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts produzierte eine Vielzahl von Arbeiterbewegungen unterschiedlicher ideologischer Provenienz, zunächst in Europa, den Amerikas, Australien und Neuseeland und später dann auch in Afrika und Asien. Sie alle entwickelten Ideen, wie der globale Kapitalismus gezähmt oder überwunden werden konnte. Sie gehörten zu den wichtigsten Faktoren einer seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zunehmenden Demokratisierung von Gesellschaften.¹ Ihre parlamentarischen Erfolge führten zu Regierungsbeteiligungen, die wiederum Gesetzesinitiativen zur Folge hatten, die das Leben von Arbeitnehmer:innen im 20. Jahrhundert wesentlich verbesserten. Das gilt ganz besonders für das »goldene Zeitalter« der sozialen Demokratie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1970er-Jahre hinein, in dem vor allem sozial- und christdemokratische Parteien eine Art von Kapitalismus »mit menschlichem Antlitz« gestalteten.²

Van der Linden beschäftigt sich in seinem mit circa 200 Seiten ebenso knappen wie luziden Überblick vor allem mit sozialdemokratischen, kommunistischen und anarchosyndikalistischen Bewegungen, was einer unnötigen Verkürzung der ideologischen Bandbreite von Arbeiterbewegungen gleichkommt, denn die wichtigen christlichen und liberalen Varianten bekommt der Autor so nicht in den Blick. Gerade letztere waren aber, gemeinsam mit den

¹ Vgl. Geoff Eley, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford 2002.

² Vgl. zur Frage eines »goldenen Zeitalter« der sozialen Demokratie nach 1945: *Labour. Studies in Working Class History* 22, 2025, Heft 1: Themenheft »Workers and the »Golden Age« of Social Democracy« (hrsg. von Stefan Berger, Leon Fink, Jan de Graaf und Patrick Dixon); sowie: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements*, Bd. 77 und 78, 2026 (im Erscheinen).

sozialdemokratischen Bewegungen, für die vorübergehende Zähmung des Kapitalismus nach 1945 zumindest im westlichen Teil der Welt von zentraler Bedeutung. Hierbei war es ohne Frage von Vorteil, dass im Kalten Krieg auf der anderen Seite der ideologischen Barriere ein Kommunismus stand, der als Alternative zum Kapitalismus in unterschiedlichen Weltregionen attraktiv war. Im Wettkampf der Systeme zwischen 1945 und 1990 – darauf verwies bereits Eric Hobsbawm in seiner Geschichte des »kurzen« 20. Jahrhunderts³ – machte sich ein sozial verantwortlicher Kapitalismus besser als der Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Allerdings veränderte der Neoliberalismus seit den 1980er-Jahren auch das Aussehen des westlichen Kapitalismus und führte zur Schwächung von Arbeiterbewegungen und zu einer neuerlichen Verschlechterung der Situation für viele Arbeitnehmer:innen. Besonders in den Hochburgen des Neoliberalismus, in Großbritannien unter Margaret Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan, wurden Gewerkschaften zerschlagen und die Arbeitswelt im Sinne der Profitmargen des Kapitalismus umgestaltet. Nach dem Untergang des Kommunismus und der Wende der chinesischen KP hin zu einer Art von Turbokapitalismus unter kommunistischer Flagge, zeigte der neoliberale Kapitalismus weltweit selbstbewusst seine Zähne und kümmerte sich immer weniger um eine soziale Ausgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Arbeiterbewegungen hatten dem vielerorts wenig entgegenzusetzen, auch wenn es Ausnahmen gab, wie etwa die Bundesrepublik Deutschland, in der sich der Neoliberalismus nie richtig etablieren konnte gegen einen starken liberal-sozialen Korporatismus, der tief in den Institutionen der Republik verankert blieb. Und es gab auch immer wieder Hoffnungsträger wie Brasilien unter Lula da Silva, dessen progressive Regierungen erhebliche Verbesserungen für viele arbeitende Menschen in diesem Schwellenland des globalen Kapitalismus mit sich brachten.

Aber insgesamt zeigt van der Linden doch sehr eindrücklich, wie sehr die drei Säulen der Arbeiterbewegung – politische Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaftsbewegungen – seit den 1990er-Jahren weltweit in Bedrängnis gerieten und an Einfluss verloren. Daran waren zum Teil die politischen Parteien der Arbeiterbewegungen nicht ganz unschuldig. Gerade dort, wo sie vor den neoliberalen Zeitgeist einknickten und selbst begannen, neoliberale Politik zu treiben, entfremdeten sie sich zunehmend von ihrer sozialen Basis und wurden oftmals zu einem marginalen politischen Phänomen. Darauf hat im europäischen Kontext bereits Gerassimos Moschonas aufmerksam gemacht.⁴ Auch die Gewerkschaften verloren weltweit an Einfluss – van der Linden verweist in seinem Buch darauf, dass heute weltweit nur noch etwa sechs Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Gewerkschaften organisiert sind. Ebenso befindet sich auch die Genossenschaftsbewegung in einer weltweiten Abwärtsbewegung, trotz einiger Vorzeigeunternehmen wie zum Beispiel Mondragon in Spanien.⁵ Es mangelt in unserer Gegenwart zwar nicht an Arbeiter:innen und auch nicht an Ausgebeuteten, aber die Arbeiterbewegungen vermögen es nur noch selten, den Protest dieser Gruppen zu mobilisieren, die sich stattdessen weltweit eher dem Rechtspopulismus zugewendet haben und nun dessen xenophoben, rassistischen und nationalistischen Sprüchen hinterherlaufen, obwohl rechts-populistische Parteien in der Regel neoliberale wirtschaftspolitische Programme auflegen, die den Ausgebeuteten dieser Welt ganz sicher nicht zugutekommen.

Diejenigen, die sich heute dem entgegenstemmen – auch das zeigt van der Linden in diesem Buch – sind häufig nicht mehr die klassischen Organisationen der Arbeiterbewegungen, sondern Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die allerdings nicht notwendigerweise demokratisch organisiert sein müssen. Welchen Ausweg weist der Autor in dieser schwierigen Lage der Gegenwart den globalen Arbeiterbewegungen? Zum einen argumentiert er schlüssig,

³ Eric Hobsbawm, *The Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914–1991*, London 1994.

⁴ Gerassimos Moschonas, *In the Name of Social Democracy. The Great Transformation. 1945 to the Present*, London 2002.

⁵ Vgl. Joseba Azkarraga/George Cheney, Mondragon. Cooperatives in Global Capitalism, in: Stefan Berger/Ludger Pries/Manfred Wannöfel (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Workers' Participation at Plant Level*, New York 2019, S. 205–220.

dass Arbeiterbewegungen keine Dinosaurier des Industriezeitalters sind, die heute ihre Funktion verloren hätten, wie es ihre Gegner lautstark verkünden. Zum anderen empfiehlt er einen Neustart der Arbeiterbewegungen, die seiner Ansicht nach wieder lernen müssten, ›oben‹ und ›unten‹ zusammenzudenken. Regierungsbeteiligung von Parteien der Arbeiterbewegungen und also Machtausübung von ›oben‹ sollte, so van der Linden, sich verbinden mit Initiativen von Arbeitnehmer:innen zur Selbstorganisation von ›unten‹. Das sind interessante Gedanken, denen man, wie dem Buch überhaupt, nur viele Leser wünschen kann.

Zitierempfehlung

Stefan Berger, Rezension zu: Marcel van der Linden, »... erkämpft das Menschenrecht«. Vom Aufstieg und Niedergang klassischer ArbeiterInnenbewegungen, Promedia, Wien 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82126.pdf>> [25.2.2026].



Raimund Dehmlow/Thomas Iffert (Hrsg.)

**Ketty Guttman oder: Eine Todfeindin der
Autoritäten
(Biographische Miniaturen)**

Karl Dietz Verlag | Berlin 2025
184 Seiten, Broschur | 14,00 €
ISBN 978-3-320-02430-7

rezensiert von

Sebastian Merkel, Stadtarchiv Buxtehude

Mit der Studie über die Kommunistin Ketty Guttman (1883–1967), die in der Reihe »Biographische Miniaturen« des Karl Dietz Verlags in Berlin erschienen ist, beabsichtigen die Autoren Raimund Dehmlow (Buchhändler und Bibliothekar) und Thomas Iffert (Bibliothekar und Soziologe) das Leben und Wirken einer in besonderem Maße interessanten linken politischen Aktivistin der Vergessenheit zu entreißen. Denn Guttman entwickelte sich nicht »nur« nach einer Phase intensiven Engagements für die KPD im Laufe der 1920er-Jahre zu einer linken »Abtrünnigen« von der Partei, wie andere frühe kommunistische Aktivistinnen und Aktivisten auch. Ihre historische Bedeutung für die Geschichte der politischen Linken in Deutschland besteht vor allem darin, dass sie zugleich (und das dürfte zumindest für den deutschsprachigen Kommunismus ihrer Zeit ein Alleinstellungsmerkmal sein) leidenschaftlich gegen die prekäre Situation von Prostituierten ankämpfte und diese mit immensem Aufwand zur Selbstorganisation zu agitieren suchte.

Mittels der ab 1920 wöchentlich erscheinenden Zeitung »Der Pranger – Organ der Hamburg Altonaer Kontrollmädchen« suchte Guttman Einfluss auf ihre Zielgruppe zu nehmen und für deren Anliegen zu kämpfen, nicht mit dem Ziel »für deren Los die Anerkennung als Beruf zu fordern, sondern weil sie erkannte, in welchem Ausmaß Krieg, Hunger und Verelendung Frauen in die Prostitution führten«, wie die Autoren schreiben (S. 9). Insofern war »Der Pranger« als öffentlicher Frontalangriff auf bürgerliche Doppelmoral sowie staatliche Repression gegen die »Kontrollmädchen«, deren soziale wie wirtschaftliche Not und ihre Ausbeutung durch Zuhälter zu verstehen. Die Zeitung entwickelte sich rasch zum Gegenstand vielfacher Kontroversen, bürgerlicher wie sozialdemokratischer Ablehnung, Gerichtsverfahren und gelegentlicher Verbote. Die Resonanz der Zeitschrift reichte weit über Hamburg hinaus. Letztlich sollte Ketty Gutmans Kampf für die Prostituierten jedoch kaum die konkreten Ergebnisse erzielen, die sie beabsichtigte, so dass sie sich schließlich wieder gänzlich der Parteiarbeit zuwandte.

Die biografische »Miniatur« von Dehmlow und Iffert besteht aus zwei Teilen. Auf den ersten 60 Seiten erfolgt in chronologischer Folge die Rekonstruktion der Lebensstationen Guttmanns. Vor, während und nach ihrem Aktivismus für Prostituierte war Guttmann vor allem in Hamburg vielfältig als politische Aktivistin in Erscheinung getreten – zunächst in der SPD, später in der USPD und im Spartakusbund, dann bis 1924 in der KPD, anschließend in der AAUE (Allgemeine Arbeiter-Union – Einheitsorganisation) und schließlich ab 1932 wieder in der SPD. Um ein paar bedeutendere Stationen dieses Engagements aufzuzählen: um 1910 war sie als Autorin für die von Clara Zetkin geleitete Zeitschrift »Die Gleichheit« aktiv; von 1921 bis 1924 gehörte sie als KPD-Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft an, 1921 war sie als Agitatorin in Hamburg führend an dem als »Märzaktion« bekannt gewordenen kommunistischen Aufstandsversuch beteiligt; 1923 war sie in Moskau Mitarbeiterin im Internationalen Frauen-Sekretariat der Komintern; ihre 1924/25 veröffentlichte Schrift »Los von Moskau!« markierte schließlich ihre Abwendung von der KPD und die damit einhergehende Hinwendung zur rätekommunistischen AAUE.

Den mit gut hundert Seiten quantitativ größeren Teil des Buchs machen aber im Anschluss »Texte von und zu Guttmann« aus. Die Textsammlung umfasst elf Quellen aus dem Zeitraum zwischen 1911 und 1952. Leider bleiben die genauen Kriterien für die Auswahl der Quellen im Unklaren. Deutlich werden jedoch die Schwerpunkte von Guttmanns politischer Arbeit. Schrieb sie 1911 als Journalistin noch allgemein gegen das soziale Elend an, verlagerte sie nach der Novemberrevolution ihren Fokus auf die Situation der Prostituierten, verbunden mit der Forderung nach Rechten für diese Gruppe. Spätestens ab 1924 agitierte sie vor allem gegen die bolschewistische Vorherrschaft über die kommunistische Bewegung und warnte vor autoritären wie gewissenlosen Handlangern der sowjetischen Hegemonie, die sie insbesondere im ungarischen Kommunisten Béla Kun zu erkennen glaubte. Nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte Ketty Guttmann ein pazifistisches Pamphlet, in dem sie Krieg als generell von Männern gemachtes Gräueltat betrachtete, bei dem vor allem Frauen die Leidtragenden seien. Dies markierte zugleich den Schlusspunkt ihrer (überlieferten) politischen Betätigung.

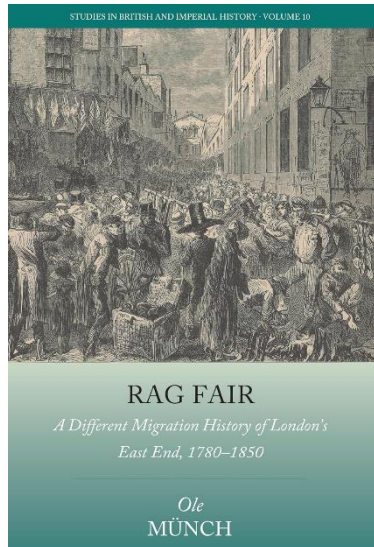
Der Publikation positiv anzurechnen ist die akribische Recherche, auf die sich die Autoren begeben haben. Guttmanns Nachlass, der unter anderem noch viele unveröffentlichte Manuskripte umfasst haben soll, scheint verschollen (S. 57f.). Daher mussten Quellen aus einer Vielzahl von Archiven vorrangig in Deutschland, vereinzelt aber auch in den Niederlanden und den USA gesichtet werden. Grundsätzlich ist Dehmlow und Iffert eine verständliche und gut lesbare Darstellung gelungen. Leider weist sie auch Schwächen auf. Zunächst ist hier auf die fehlende Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand hinzuweisen. Ketty Guttmanns Wirken ist zumindest partiell bereits in einigen Publikation beschrieben worden, was die Autoren durch teilweise Aufführungen im Literaturverzeichnis implizit auch zur Kenntnis nehmen (S. 175). In diesem Zusammenhang wäre eine Einordnung ihres Aktivismus innerhalb der proletarischen sowie im Abgleich mit der bürgerlichen Frauenbewegung wünschenswert gewesen. Darüber hinaus müssen der Studie einige handwerkliche Unzulänglichkeiten attestiert werden. Generell verwenden die Autoren viele sowie ausführliche Zitate (vgl. etwa S. 45–51) – teils jedoch ohne erkennbaren Mehrwert. Hier wäre mehr Zurückhaltung beim Zitieren und stattdessen mehr Paraphrasieren ratsam gewesen. Außerdem fehlen an diversen (mitunter zitierten) Stellen wissenschaftliche Nachweise völlig (etwa auf S. 11, 51, 52 und 55) oder sind nur unzureichend vorhanden. Letzteres ist besonders dann ärgerlich, wenn etwa auf ein unveröffentlichtes Manuskript verwiesen, nicht aber das entsprechende Archiv benannt wird (vgl. S. 16, Anm. 9).

Trotz dieser handwerklichen Mängel ist die Publikation als willkommene Erweiterung zu sehen – für die Hamburgische Regionalgeschichte ebenso wie für die Geschichte des (feministischen) Kommunismus sowie der Frauen- und Arbeiter:innenbewegung. Daher sind dem Buch viele interessierte Lesende und eine in Hinblick auf die benannten Defizite überarbeitete Neuauflage zu wünschen. Ausgeforscht ist das Leben und Wirken Ketty Guttmanns hiermit aber nicht. Vergleichsweise vage bleiben als Lebensabschnitte beispielsweise ihre Zeit als Aktivistin in Lodz vor dem Ersten Weltkrieg sowie die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur, beides

aufgrund der dünnen Überlieferung. Hier ist auf weitere Quellenfunde zu hoffen. Zumindest »Der Pranger« dürfte aber noch viel Potential für eine ausgiebigere Auswertung aufweisen. Offene Fragen gäbe es also noch zur Genüge. Immerhin die auf dem Hinterdeckel des Taschenbuchs gestellte Frage, ob auch nur »ein einziges Foto« von Ketty Guttmann überliefert sei, kann bereits jetzt beantwortet werden: In dem »Autoren-Bildlexikon« des Bayreuther Reta Baumann Verlags von 1961 findet sich auf S. 91 neben einem kurzen Eintrag auch das vermutlich einzige von ihr publizierte Foto – als ältere Frau mit Hochsteckfrisur, weißer Bluse und dunkler Strickjacke.

Zitierempfehlung

Sebastian Merkel, Rezension zu: Raimund Dehmlow/Thomas Iffert (Hrsg.), Ketty Guttmann oder: Eine Todfeindin der Autoritären, Karl Dietz Verlag, Berlin 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82127.pdf>> [27.2.2026].



Ole Münch

Rag Fair.

A Different Migration History of London's East End,
1780–1850

(Studies in British and Imperial History, Vol. 10)

Berghahn Books | New York/Oxford 2024

384 pages, Hardback | £115.00

ISBN 978-1-80539-689-5

E-Book | £22.95

ISBN 978-1-80539-690-1

reviewed by

Adam Mendelsohn, University of Cape Town

The book under discussion is the English translation of a study first published in German in 2022, based on a PhD thesis at the University of Konstanz.¹ In this masterful microhistory, Ole Münch analyses Rag Fair, the substantial street market for second-hand clothing in the East End of London during its heyday from 1780 to 1850. Across seven compelling chapters, Münch explores the economic and social dynamics of the market, as well as its historical development. His purpose, however, is broader. Münch focuses on the market as a site of intercultural contact between Jewish and Irish traders and other denizens of the East End. In contrast to other historians, myself included,² who have adopted a narrow ethnic lens to explain the clustering of Jews and Irish within this economic niche, Münch instead emphasises the variety of relationships that developed *across* religious and ethnic lines. He describes how the mechanisms of the market and the political and social dynamics of the neighbourhood brought together traders of diverse backgrounds. In doing so, Münch draws liberally on sociological and anthropological concepts to explain how and why these relationships developed. The result is a sophisticated study that will be of broad interest to those who work on ethnic economies, as well as to historians of London and of the rag trade.

»Rag Fair« is divided into two sections. The first focuses on the traders and their market. Chapters one to three systematically describe the different occupations that underpinned Rag Fair: the collectors who trawled the streets of London for second-hand clothing and returned daily to Rag Fair to sell their accumulated harvest; the long-distance traders, most of whom were themselves transmigrants, who purchased clothing at Rag Fair for export to Europe and

¹ Ole Münch, *Cutler Street Market. Interkultureller Austausch im Londoner East End 1780–1850* (Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 33), Wallstein Verlag, Göttingen 2022, 382 S., geb., 38,00 €.

² Cf. Adam Mendelsohn, *The Rag Race. How Jews Sewed their Way to Success in America and the British Empire*, New York 2015.

further afield; and the shopkeepers who bought and sold second-hand from fixed premises in and around Rag Fair. These chapters provide a bottom-up view of the functioning of the second-hand market, as well as insight into the role and importance that the figure of the Jewish rag trader occupied in the popular imagination. Münch argues that this folklore aided Jewish traders: »Londoners preferred to sell their clothes to those collectors whom they thought were Jewish« (pp. 59–60). Münch adds much to our understanding of why Jews clustered within this trade, highlighting, for example, the role of coffee houses and family networks. In the fourth chapter, Münch explains how the considerable risks of the second-hand trade encouraged »interfaith integration« (p. 22). In a commercial and legal environment where there were few institutional protections, trust was all important. Münch argues that in this unpredictable and insecure system, traders sought partners and clients based on reliability and reputation, not on religion and ethnicity.

In the second section of the book, Münch describes a sequence of political conflicts that roiled the Portsoken ward – where Rag Fair was located – from the 1780s until the mid-nineteenth century. He argues that these conflicts had the inadvertent effect of preserving Rag Fair as a centre of the second-hand clothing trade and, for a time, of advantaging Jewish traders. More importantly, he proposes that mass political action at a neighbourhood level had an integrative effect on the diverse population that lived within the ward. In contrast with previous scholarship on these local disputes which claimed that conflicts in Portsoken followed ethnic and religious lines, Münch demonstrates that political alignments primarily reflected occupational and neighbourhood divisions within the ward. By providing a granular account of the development of local political culture and practise in Portsoken over time, Münch reveals that local political movements possessed a multireligious character. This in turn buttressed other processes of integration and identity formation in which religious and ethnic differences were secondary.

Both sections of the book benefit from a wealth of primary sources that evoke the everyday world of rag traders, offer depth and texture for structural analysis, and provide the detail necessary for recreating long ago political disputes. These sources include court transcripts from the Old Bailey, a wealth of journalistic accounts, tax lists, census records, and the minutes, petitions and correspondence of local government in the Portsoken ward. Münch extracts much from these sources and offers an additional layer of interpretation derived from a broad reading of the research literature on economics, ethnicity, social movements and other fields.

Münch succeeds admirably in giving new life to the long-forgotten traders and shopkeepers of Rag Fair and to the now obscure political activists who battled over Portsoken. More importantly, this serious and sophisticated book challenges scholars to think more carefully before making glib and easy assumptions about the role and significance of ethnicity in economic and social relations. By de-centring ethnicity at Rag Fair, Münch has asked questions with applicability and implications well beyond the boundaries of the rag trade in Victorian London.

Zitierempfehlung

Adam Mendelsohn, Rezension zu: Ole Münch, Rag Fair. A Different Migration History of London's East End, 1780–1850, Berghahn Books, New York/Oxford 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82128.pdf>> [25.2.2026].



Stephanie Zloch

Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft.
Migration und Bildung in Deutschland 1945–2000
(Moderne europäische Geschichte, Bd. 22)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
676 Seiten, gebunden | 54,00 €
ISBN 978-3-8353-5491-3

Open Access: <https://doi.org/10.46500/83535491>
ISBN 978-3-8353-8017-2

rezensiert von

Jens Gründler, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster

Stephanie Zloch spürt in ihrer Dresdner Habilitationsschrift »Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft« einer Reihe ganz grundsätzlicher Fragen nach, die um das Verhältnis von Bildung und Migration in Deutschland zwischen 1945 und der Gegenwart kreisen. Sie nimmt dabei neuere Forschungen zur Zirkulation von Wissen als Ausgangspunkt, um einerseits nach Transfer- und Wandlungsprozessen von Wissen zu fragen, die durch Migrationsprozesse initiiert wurden. Andererseits fragt sie wie und warum Wissensbestände von Migrant:innen anerkannt wurden. Dabei arbeitet die Autorin mit einem dynamischen Konzept von Wissen, das sowohl die Wissensbestände selbst als auch die Orte und Praktiken ihrer Herstellung umfasst.

Diese Dynamik analysiert Zloch auf drei verschiedenen Ebenen. Erstens nimmt sie die bildungspolitischen Akteur:innen in Ministerien, Schulverwaltungen und Behörden in den Blick, untersucht zum Beispiel Lehrpläne und Integrationskonzepte. Zweitens untersucht sie das Wirken pädagogischer und sozialwissenschaftlicher Expert:innen, um deren Leitbilder und Diskurse über Migration, Integration und Sprachförderung zu evaluieren. Und drittens beleuchtet sie das selbstorganisierte Wissen von Migrant:innen, wie es im Alltag oder in den Familien, aber auch in politischen Diskursen genutzt wurde.

Der für zeithistorische Forschungsarbeiten eher lang angelegte Untersuchungszeitraum geht einher mit einer großen Bandbreite der von Zloch in den Blick genommenen Migrationsbewegungen: Vertriebene, »Displaced Persons«, Um- und Ausgesiedelte sowie politische Flüchtlinge, aber auch die Arbeitsmigrant:innen, die seit den 1970er-Jahren in Bildungskontexten immer mehr Aufmerksamkeit erfuhren, und die sogenannten Spätaussiedler sind unter den Akteursgruppen, deren Rolle in den genannten Prozessen Zloch nachgeht. Die Breite der Untersuchung wird auch darin deutlich, dass als Fallbeispiele die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen sowie für den Systemvergleich auch noch das heutige Bundesland Sachsen gewählt werden. Im föderalen System der Bundesrepublik folgten die

genannten Länder jeweils unterschiedlichen bildungspolitischen Entwicklungspfaden, waren verschiedenartigen politischen Spannungsverhältnissen ausgesetzt und verfolgten teils auch divergierende pädagogische Ideen.

Um den langen Untersuchungszeitraum operationalisierbar zu machen, wählt Zloch eine thematische Einschränkung: Sie analysiert Schule und Bildung und fokussiert dabei insbesondere auf das Gymnasium als höhere allgemeinbildende Schule. Realschulen und Volks- bzw. Hauptschulen lässt sie dagegen außen vor. In die Analyse fließen Diskurse und Praktiken von Politik, Schulverwaltung, Lehrer:innen und sogar Arbeitsämtern ein, es geraten aber auch nichtstaatliche Akteur:innen in den Blick, etwa Schüler:innen und Eltern mitsamt ihren Interessenvertretungen und Lobbyorganisationen. Des Weiteren legt die Autorin einen Schwerpunkt auf den Unterricht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Die Arbeit ist in zwei chronologisch angelegte Hauptkapitel unterteilt, in denen Zloch in Anlehnung an das Konzept der Zeitbögen von Anselm Doering-Manteuffel¹ zwei überlappende, miteinander verflochtene und verzahnte Phasen der deutschen Nachkriegsgeschichte entwirft. Im ersten Hauptkapitel »Wissen im Kalten Krieg« behandelt sie die Phase der 1950er- und 1960er-Jahre unter dem Signum der Systemkonkurrenz vor der Zeit der Entspannungspolitik. In der Bundesrepublik machten zu Beginn der 1950er-Jahre die Kinder der Heimatvertriebenen, der Um- und Ausgesiedelten sowie der Flüchtlinge aus der DDR das Gros der Migrant:innen aus. Zur DDR dienen Zloch die Kinder politischer Aktivist:innen aus Korea und Griechenland als Fallbeispiele. An diesen Migrant:innen entfaltet Zloch ein Panorama von Bildungsstrukturen und -praktiken, die bei all ihrer Vielfalt doch von ähnlichen Herausforderungen geprägt waren. Vor allem bei Migrant:innen, die nicht aus der DDR oder aus ehemals deutschen Gebieten kamen, waren die Fremdsprachigkeit der Kinder, die Frage der Integration in deutsche Klassen versus »Nationalklassen«, die Ausbildung der Lehrer:innen für migrantische Kinder oder aber die Qualifikation migrantischer Lehrkräfte für den muttersprachlichen Unterricht wiederkehrende Probleme. Insbesondere die fehlenden Deutschkenntnisse der Kinder und Jugendlichen, die Zloch konstatiert, führten auch in der Bundesrepublik in dieser Phase dazu, dass der Unterricht angepasst werden musste – denn selbst die Kinder der »Aussiedler«, die in Mittel- und Osteuropa geboren und aufgewachsen waren, mussten häufig vor dem Schulbesuch erst noch deutsche Sprachkenntnisse erwerben. Dagegen standen bei den Jugendlichen, die aus der DDR geflüchtet waren, Fragen der Berufsausbildung im Fokus.

Der Problematik des Sprachunterrichts kommt auch im zweiten Hauptkapitel »Wissen im gesellschaftlichen Konflikt« ein zentraler Stellenwert zu. Durch die Neuorientierung der Integrations- und Migrationspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren auf die sich verstetigende Arbeitsmigration mitsamt Familiennachzug aus dem süd- und südöstlichen Europa und der Türkei sowie auf politische Flüchtlinge und »Spätaussiedler« wurden diese Herausforderungen jedoch neu konturiert. Spätestens mit dem Anwerbestopp 1973 und der damit verbundenen dauerhaften Niederlassung von Migrant:innen an ihren neuen Lebensmittelpunkten in der Bundesrepublik wurde die Frage der Schulbildung migrantischer Kinder einerseits für deutsche Schulverwaltungen, Pädagog:innen und Lehrkräfte relevant, andererseits aber auch für migrantische Eltern. Zloch kann hier mit dem muttersprachlichen Unterricht, mit migrantischen Vorschulklassen und mit dem Problem der Sonderbeschulung migrantischer Kinder zahlreiche Konfliktfelder aufzeigen. So drehten sich die Auseinandersetzungen um Unterrichtsinhalte in den muttersprachlichen Klassen häufig um den Zielkonflikt, ob man die Kinder auf die Rückkehr in ihre Herkunftsländer vorbereiten oder ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft stärker gewichten sollte. Dieser grundlegende Konflikt war im schulischen Alltag vielfach gespiegelt, wenn etwa Eltern, migrantische Lehrkräfte und Schulverwaltungen oder gar konsularische Vertretungen der Herkunftsländer unterschiedliche Vorstellungen davon pflegten, welche Wissensbestände im Unterricht vermittelt werden sollten.

¹ Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62, 2014, S. 321–348.

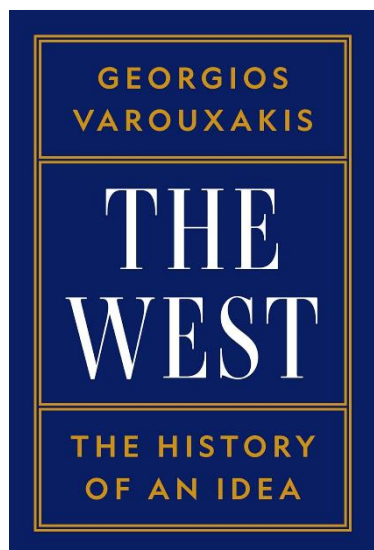
Ein an die beiden Hauptkapitel anschließendes kurzes Kapitel befasst sich mit der Pluralisierung der Wissensräume in den 1990er-Jahren. Hier konstatiert Zloch, dass zum einen Migration, Herkunftsländer und gesellschaftliche Diversität zunehmend Raum in Schulbüchern erhielten und damit neue Wissensbestände produziert wurden. Zum anderen verstärkten migrantische Organisationen und Elternvereine ihre öffentlichen Interventionen und beeinflussten damit noch mehr als zuvor Debatten und Wissensproduktion. Schließlich professionalisierten sich auch die konfessionellen und weltlichen Wohlfahrtsträger im Feld der Integrationspolitik und produzierten dabei praxisnahes Wissen über die Schulbildung migrantischer Kinder.

Zloch vermittelt in ihrer Studie zahlreiche Einsichten in den Zusammenhang von Bildung und Migration. Sie zeigt auf, dass jeder neue Migrationsprozess in den Ministerien und Schulverwaltungen die Produktion neuer Wissensbestände auslöste. In der Nachkriegszeit waren die Verwaltungen besonders herausgefordert, weil sie Migration als neuartiges Massenphänomen wahrnahmen. Allerdings konnten auch noch in den 1970er- und 1980er-Jahren nicht einfach Wissensbestände abgerufen und aktualisiert werden, sondern diese mussten stets neu produziert werden. Die Kinder von Arbeitsmigrant:innen aus den Ländern Südeuropas inklusive der Türkei, von Flüchtlingen aus der DDR und von »Spätaussiedlern« stellten die Verwaltungen vor je spezifische bildungspolitische Herausforderungen, bei denen das bereits existierende Verwaltungswissen nur wenig modernisierungsfähig war. Das erscheint angesichts der Diversität der von Zloch betrachteten Gruppen allerdings nicht weiter verwunderlich. Kritisch wäre daher anzumerken, dass die breite, stellenweise mäandernde Anlage der Studie es zwar ermöglicht, zahlreiche wissenshistorische Perspektiven auf Migrationsphänomene im Feld von Schule und Bildung fruchtbar miteinander zu verbinden. Gleichzeitig zwingt dieses Vorgehen aber dazu, mit geringerer Tiefenschärfe zu forschen.

Diese kritische Anmerkung sollte jedoch eher als Aufforderung verstanden werden, die historische Forschung zum Zusammenhang von (Schul-)Bildung und Migration noch weiter zu intensivieren. Künftige Projekte könnten als Vergleichsmöglichkeiten Volks- und Hauptschulen stärker berücksichtigen oder Studien zu Kindern von Arbeitsmigrant:innen erarbeiten, um die Reichweite von Zlochs Ergebnissen zu den höheren Schulen zu überprüfen. Die geäußerte Kritik soll also nicht davon ablenken, dass Stephanie Zloch eine konzise und umfassende Vermessung des Wissens in der Einwanderungsgesellschaft gelungen ist, die auf Jahre hinweg die Pfade der Forschung anleiten wird.

Zitierempfehlung

Jens Gründler, Rezension zu: Stephanie Zloch, Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Bildung in Deutschland 1945–2000, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82129.pdf>> [2.3.2026].



Georgios Varouxakis

The West.
The History of an Idea

Princeton University Press | Princeton 2025
512 Seiten, Hardcover | £35.00
ISBN 9780691177182

E-Book | £24.50
ISBN 9780691272368

rezensiert von

Sina Steglich, Ludwig-Maximilians-Universität München

Der politische wie wirtschaftliche Status des »Westens« verhält sich umgekehrt proportional zu seiner Präsenz in aktuellen Forschungsbeiträgen: Als Einflussosphäre, als vielbeschworene Wertegemeinschaft gerät er zunehmend unter Druck und vermag angesichts des Großgegenübers China auch keine ökonomische Vorherrschaft mehr zu beschreiben. Es mehren sich jedoch Arbeiten, die sich dem Konzept des »Westens« aus Perspektive der internationalen Beziehungen oder der Ideengeschichte, auch in Form kritischer Gegengeschichten, widmen.¹ Sie stellen eine Kehrseite der deutschen Spielart der Westernisierungsgeschichte dar, die eher einen prospektiv-aktivierenden Charakter hatte und soziopolitische Zielvorstellungen formulierte.² Und sie sind im Unterschied zu dieser zuallererst Ausdruck einer nachholenden Verständigung über diese hypostasierte Himmelsrichtung und ihren normativen Kern im Moment ihrer befürchteten Auflösung oder zumindest wahrgenommenen Krise.³ Je prekärer und weniger eindeutig das Erleben des »Westens« und eine entsprechende diskursive Referenz gegenwärtig werden, desto dringlicher scheint die neuerliche Konturierung dessen, was damit programmatisch gefasst wurde und noch wird; inzwischen meist mit gesteigertem Problembewusstsein.

Die vom Londoner Ideenhistoriker Georgios Varouxakis vorgelegte Studie reiht sich in diese Versuche ein und geht dabei doch einen eigenen Weg: einen Weg nicht der Festigung und Sicherung des begrifflichen Territoriums des »Westens«, sondern einen, der dieses gleich

¹ Vgl. Naoise Mac Sweeney, *The West. A New History of an Old Idea*, London 2023; Josephine Quinn, *How the World Made the West. A 4,000 Year History*, London 2024; Ayşe Zarakol, *Before The West. The Rise and Fall of Eastern World Orders*, Cambridge 2022.

² Allen voran durch Heinrich August Winkler, der noch jüngst die Berechtigung dieser Programmatik in seiner Autobiografie unterstrich. Vgl. *Heinrich August Winkler, Warum es so gekommen ist. Erinnerungen eines Historikers*, München 2025.

³ Eine solche hat Jürgen Habermas bereits vor über 20 Jahren konstatiert. Vgl. *Jürgen Habermas, Der gespaltene Westen*, Frankfurt am Main 2004.

mehrfach verschiebt, räumlich wie zeitlich und ideell verlagert und sich nicht eignet, zu irgendeiner Art von Rückbesinnung beizutragen. Varouxakis klärt gleich zu Beginn, was er anbietet: »not a history of the West, but rather a history of what many different people have understood ›the West‹ to be« (S. xvii). Wer das Buch also zur Hand nimmt, um erklärt zu bekommen, was der »Westen« war oder ist, die und den wird die Lektüre enttäuschen. Alle anderen jedoch, die dem Autor auf seiner Suche nach Verständnissen des »Westens« und dessen diskursiver Funktion folgen, werden viel lernen. Dies vor allem deshalb, weil der Autor eine beeindruckende Fülle an Quellen oft in der jeweiligen Originalsprache gesichtet hat. Ihn leitet dabei eine nüchterne, nicht banale Frage: Wer sprach wann wozu und wie über den »Westen« und grenzte diesen wovon ab – in der Selbst- wie Fremdbezeichnung?

In zehn chronologisch angelegten Kapiteln folgt Varouxakis der Verwendung des »Westens« als politisches Konzept in Diskursen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart und von Kontinentaleuropa über Großbritannien bis in die USA und Außenposten in anderen Weltregionen. Darin zeigt sich seine entscheidende Korrektur der bisherigen Lesarten: dass dieses Konzept nämlich nicht etwa erst im Umfeld imperialer Weltordnungsentwürfe an der Wende zum 20. Jahrhundert aufkam, nicht Großbritannien und die USA als dessen originär wichtigste Vertreter zu verstehen sind und es auch nicht von vornherein mit Werten, wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechten amalgamiert war. Vielmehr liegen, so Varouxakis, seine Ursprünge als politisch kodifizierte Referenz im Frankreich des 19. Jahrhunderts, genauer bei Auguste Comte. Dieser habe erstmalig die schlichte Himmelsrichtung um eine politische Agenda angereichert, nicht jedoch um eine der Vorherrschaft, sondern um eine dezidiert republikanisch, antiimperialistisch und universell gedachte – eine Agenda, die Comte selbst bereits über den abstrakten politischen Diskurs hinausgehend konkretisierte, indem er eine zugehörige Flagge und Währung gestaltete. Die bis dahin viel entscheidendere Leitdemarkation »zivilisatorischer« Entwicklung entlang der globalen Nord-Süd-Achse sei in der Folge der in die Horizontale verlegten West-Ost-Abgrenzung gewichen. Allein diese Verschiebung näher nachzuvollziehen, wäre angesichts des zuletzt registrierten neuerlichen Bedeutungszuwachses der Referenz auf den (globalen) Süden eigene Studien wert.⁴

Der Aufstieg des »Westens« als Konzept begann Varouxakis zufolge, als das Sprechen im Namen »Europas« als einer stärker geografisch gefassten Idee nicht mehr hinreichte und das Christentum als Bezugsgröße zunehmend problematisiert wurde. Wo »Europa« tendenziell eher Russland ein-, dafür Nordamerika ausschloss, stellte es eine willkommene Alternative dar. Und für diejenigen, die im Zuge zunehmender Säkularisierung mit dem Christentum als normativem Dach fremdelten, entfaltete der »aufgeklärter« klingende »Westen« besonderen Reiz. Die zentrale Qualität des »Westens« nicht nur als Differenzkategorie, sondern als hierarchisierend angelegte Differenzkategorie war dabei stets eingebaut. Was sich in der Folge im Diskurs je nach Protagonist (seltener Protagonistin), historischem Kontext und Intention verschob, waren nicht nur das angenommene Zentrum, der ideelle Kern und die Reichweite des »Westens«, sondern vor allem das Gegenüber: Russland oder das Osmanische Reich, das orthodoxe Christentum oder der Islam, Asien oder die »unzivilisierte« Welt jenseits eines diffusen Horizonts im Osten. Damit datiert Varouxakis die konzeptionelle Rede vom Westen nicht nur zurück und verortet sie in einem anderen Kontext, sondern vor allem – und dies ist die zentrale Botschaft – stellt er sie auch ideell in Gänze anders intoniert dar als später folgende Anverwandlungen des Konzepts vermuten ließen. Dass das Universelle rasch dem eher Hegemonialen wich und sich der kontinentaleuropäische Schwerpunkt ab Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend in Richtung eines transatlantischen verschob, wird damit nicht negiert – doch bietet diese Perspektive der *Longue durée* ein willkommenes Korrektiv verbreiteter präsentistischer Verkürzungen des Konzepts.

Reiz und Kraft dieses Korrektivs liegen nicht nur darin, mit dem Autor einsichtsreich den jeweiligen Aktivierungen des Konzepts durch Zeiten und Räume zu folgen, sondern darin, das

⁴ Vgl. etwa Anne Garland Mahler/Christopher J. Lee/Monica Popescu (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the History of the Global South*, Oxford 2025.

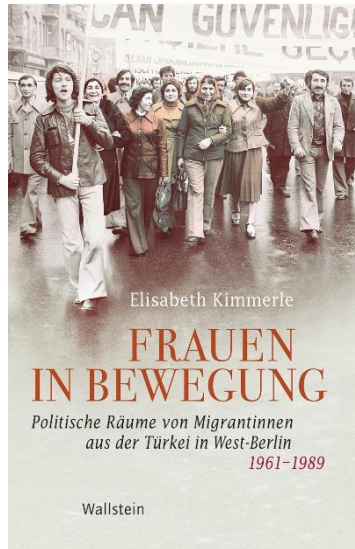
Funktionieren des Sprechens unter Rückgriff auf den »Westen« zu verstehen. Erst diese Perspektive auf die jenseits des ideellen Gehaltes entscheidende Frage nach dem Zweck der Verwendung öffnet den engeren ideengeschichtlichen Rahmen von Varouxakis' Argumentation und ermöglicht es, das Wandern der Referenz und deren Einsatz nachzuvollziehen. Und dies ist, wie Varouxakis wiederholt betont, gerade im Hinblick auf die zukünftige Verwendung des Konzepts von Interesse. Besonders erhellend wird das bei Schwellenländern, jenen Staaten und nationalen Räumen also, die je nach Perspektive »schon« »Westen« oder »noch« »Osten« waren und für sich jeweils das eine oder andere reklamierten, um sowohl Abstand zu gewinnen als auch Zugehörigkeit zu markieren. Hier, also etwa im Osmanischen Reich bzw. der Türkei, mehrheitlich islamisch und seit 1952 zugleich Mitglied der NATO, vor allem aber in Griechenland, dessen Antike als zentrales Fundament des »Westens«, dessen orthodoxes Christentum jedoch eher als Ausweis seiner Nähe zum »Osten« gelesen wurde, zeigen sich die Mühen und intellektuellen Kniffe des Argumentierens mit dem »Westen« besonders deutlich. Dass diese Herausforderungen dennoch nicht gescheut, sondern sogar gesucht wurden, verdeutlicht, dass der »Westen« nicht als einer unter vielen Wahlverwandten erachtet wurde, sondern als etwas, zu dem es sich zu positionieren galt. Das wiederum zeigt sich auch an Grenzgängern, aus Europa (oft Deutschland) stammenden Emigranten in den USA etwa, die den »Westen« dort heimisch machten, oder nicht-weiße Protagonisten wie der Bürgerrechtler W.E.B. Du Bois oder der Philosoph Rabindranath Tagore, die ihrerseits auf den Westen rekurrten und damit neben Raum, Zeit, Religion und Kultur zusätzlich noch »race« als das Konzept formende (und zusätzlich herausfordernde) Kategorie ins Spiel brachten.

Das eigentlich Spannende ist dabei, dass trotz der Variabilität des mit diesem Konzept Gemeinten, trotz dessen wandernder räumlicher wie zeitlicher Reichweite und trotz wechselnder Antagonisten sowie der entsprechenden Einsicht in die Unmöglichkeit, so etwas wie einen Kern des »Westens« finden und formulieren zu können, Gemeinschaften sich ungebrochen anhand dieser Chiffre übereinander verständigen und ihre Zugehörigkeiten organisieren. Angesichts dieses Befundes kann und sollte man die Existenz des »Westens« nicht kurzerhand negieren oder ihn gar als Idee verabschieden, sondern eher den Blick auf das Wozu richten und sich den eigenen Sprachgebrauch bewusst machen. Auf den Spuren seines jeweiligen argumentativen Einsatzes wird der »Westen« nicht nur geerdet, sondern löst sich als integrierende Größe auf und wird polyphon.

Ein derart aufgebrochenes Konzept eignet sich schwer, um in seinem Namen soziokulturell oder politisch einend zu wirken. Genau das muss jedoch gerade für ein deutsches Lesepublikum, in dem das Echo der Westernisierung als Zielvorstellung nachhallt – und Varouxakis historisiert sie elegant mit –, kein Verlust sein. Das Projekt, »uns« im stets ideologisierten »Westen« zu verorten, würde dann nur nicht mehr ohne die Reflexion dieses Zugehörigkeitsdenkens auskommen und würde damit zum Beginn offener Selbstkritik. Mit genau dieser »self-correcting quality«, so Varouxakis (S. 353), kann der »Westen« Versprechen bleiben.

Zitierempfehlung

Sina Steglich, Rezension zu: Georgios Varouxakis, *The West. The History of an Idea*, Princeton University Press, Princeton 2025, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82130.pdf>> [3.3.2026].



Elisabeth Kimmerle

Frauen in Bewegung.
Politische Räume von Migrantinnen aus der Türkei
in West-Berlin 1961–1989
(Geschichte der Gegenwart, Bd. 38)

Wallstein Verlag | Göttingen 2025
461 Seiten, gebunden | 39,00 €
ISBN 978-3-8353-5916-1

Open Access | <https://doi.org/10.46500/83535916>
ISBN 978-3-8353-8145-2

rezensiert von

Thaïsa Cäsar, Institut für Zeitgeschichte München–Berlin

»Frauen in Bewegung« – bereits der Titel des vorliegenden Buchs verspricht einen über die bisherige Migrationsgeschichtsschreibung hinausgehenden Fokus, nämlich auf die politische Aktivität migrantischer Frauen. Konkret geht es Elisabeth Kimmerle in ihrer Dissertation um die politischen Handlungsspielräume türkischer Migrantinnen, die zwischen 1961 und 1989 nach West-Berlin kamen. Anstatt der gewohnten dichotomen Darstellung des Migrationsprozesses zwischen Aufbruch und Ankunft zu folgen, öffnet sie den Blick für transnationales migrantisches Engagement. Ausgehend von der Frage, wie türkische Migrantinnen »die Bedingungen und Grenzen politischer Praktiken und Partizipation in West-Berlin und transnational [aushandelten]« (S. 12), zeichnet sie nach, wie sich der politische Aktivismus dieser Frauen in unterschiedlichen sozialen Räumen ausdrückte und über die Zeit veränderte.

Dabei folgt Kimmerle zunächst verschiedenen Stationen des Migrationsprozesses. Die gezielte Anwerbung weiblicher Arbeitskräfte eröffnete den Migrantinnen einerseits neue Handlungsspielräume, beinhaltete aber zugleich auch geschlechtsspezifische Herausforderungen. Am Beispiel der Deutschen Verbindungsstelle in Istanbul exemplifiziert die Autorin die Geschlechterspezifika staatlicher Anwerbepolitik, die sich etwa gerade im Falle einer Schwangerschaft in der Verschränkung von Geschlecht und Aufenthaltsstatus äußerte. Die an Migrantinnen verteilten Ratgeber versteht sie als Ausdruck gesellschaftlicher Ängste vor sich verändernden Geschlechterrollen. Migrantischen Frauenwohnheimen schreibt sie in diesem Kontext eine soziale Kontrollfunktion zu.

Als soziale Räume der Migration werden sodann Fabrik und Universität näher in den Blick genommen. Auch wenn die Zusammenschau dieser beiden Orte angesichts der sehr unterschiedlichen Migrationsbedingungen von Arbeiterinnen und Studentinnen zunächst erstaunt, entpuppt sich doch gerade letztere als ein Raum, in dem die scheinbar fixen Migrationskategorien verschmolzen. So trafen hier angeworbene Arbeiterinnen, die zusätzlich

ein Studium aufnehmen, auf Studentinnen, die in den Semesterferien am Fließband standen. Durch die Verknüpfung dieser beiden Orte veranschaulicht das Kapitel die Komplexität der Lebensrealitäten von Migrantinnen, die oftmals von den aufenthaltsrechtlichen Kategorien nicht treffend abgebildet werden. Darüber hinaus rückt Kimmerle in diesem Kapitel die Frage ins Zentrum, wie sich durch die Anwerbung von Frauen und ihre neue Rolle mitunter gar als Alleinverdienerinnen traditionelle Geschlechterverhältnisse veränderten. Sie arbeitet heraus, wie Migrantinnen auch westdeutsche Vorstellungen von weiblicher Berufstätigkeit infragestellten, etwa durch das öffentliche Thematisieren der Konflikte, die sich zwischen weiblicher Erwerbs- und Familienarbeit zwangsläufig ergaben. Im gleichen Kapitel beleuchtet die Autorin zudem die Rolle dieser Frauen in den Arbeitskämpfen der 1970er-Jahre und kritisiert, wie wenig bislang die migrationshistorische Forschung – etwa zum »wilden« Streik beim Automobilzulieferer Pierburg 1973 – die Perspektive von Migrantinnen berücksichtigt hat.

Anknüpfend an diese Analyse der Arbeitskämpfe beschreibt Kimmerle im folgenden Kapitel, wie Migrant*innen begannen, die Straße als öffentlichen Raum zu nutzen, um ihre politische Meinung auszudrücken. Verstanden als »Bühne für transnationale Proteste« (S. 193), wurde die Straße für türkische Migrantinnen sowohl zum Schauplatz einer Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungen in der Türkei als auch zum Ort, an dem gegenüber der West-Berliner Gesellschaft Partizipationsmöglichkeiten, etwa in Form des Wahlrechts, eingefordert wurden. Darüber hinaus zeichnet die Autorin nach, wie Migrantinnen, ausgehend von ihrer Beteiligung in männerdominierten linken migrantischen Gruppen, ab Mitte der 1970er-Jahre begannen, türkische Frauenvereine zu gründen. Sie zeigt anschaulich, wie etwa unter dem Deckmantel von Nähkursen geschützte Frauenräume entstanden, die gerade durch ihre Unscheinbarkeit Raum für politisches Handeln boten.

Die Einbindung dieser für Migrantinnen geschaffenen Orte in die sozialen und politischen Kontexte West-Berlins leistet Kimmerle im letzten Kapitel unter der Überschrift »Ein Raum für sich selbst«. So deutet sie hier etwa türkische Frauenläden als »Laboratorien des Integrationsparadigmas« (S. 280), an denen staatliche Integrationsmaßnahmen erprobt wurden. Besonders eindrücklich ist zudem ihre nuancierte Darstellung der Position westdeutscher Feministinnen, deren Beschäftigung mit den Herausforderungen ausländischer Frauen oftmals von einem paternalistischen Rettungsimpuls geprägt gewesen sei. Die mit diesem einhergehende Opferperspektive auf migrantische Frauen machte im gesellschaftlichen Diskurs auch vor dem weiblichen Körper nicht halt, der so zum Austragungsort politischer Konflikte wurde. Kimmerle skizziert etwa, wie gebärende Migrantinnen ins Zentrum nationalistischer Panikmache vor Überfremdungsszenarien rückten, oder wie noch in den 1970er-Jahren an koloniale Praktiken erinnernde Vermessungsverfahren an schwangeren Migrantinnen durchgeführt wurden, um deren »Andersheit« zu konstruieren (S. 295).

Kimmerles Studie zieht ein beeindruckendes Quellenkorpus heran: Bestände des DOMiD und aus Universitätsarchiven werden ebenso ausgewertet wie diverse Archive »von unten«, feministische und linke Archive, nicht zuletzt das Bewegungsarchiv TUSTAV mit seiner Vielfalt türkischsprachiger Zeitungen und Flugblätter oder die feministische Frauenbibliothek in Istanbul. Hinzu kommen 19 selbst durchgeführten Oral History Interviews mit Migrantinnen. Auf dieser Basis liefert die Autorin eine umfangreiche Darstellung des transnationalen Engagements der im Zentrum stehenden Frauen. Mithilfe methodischer Zugänge aus der Körper- und Geschlechtergeschichte sowie der Raum- und transnationalen Geschichte, kann sie ihre These untermauern, dass diese Migrantinnen treibende Kräfte des sozialen Wandels gewesen seien, die mit ihren politischen Praktiken Geschlechterverhältnisse transformiert und die Grenzen zwischen Privatem und Politischem verschoben haben. Der systematische Einbezug türkischer Perspektiven ermöglicht es ihr zudem, auch manche Befunde der bisherigen deutschen Migrationsgeschichtsschreibung etwa zu migrantischen Arbeitskämpfen zu hinterfragen. Mit ihrer differenzierten Darstellung der Herausforderungen aber auch der Handlungsspielräume der türkischen Migrantinnen gelingt der Autorin so eine ausgewogene Balance zwischen »Heldinnenepos« und »Opfererzählung« (S. 404).

Gleichwohl bleibt die Studie stellenweise hinter ihrem Anspruch zurück, »Geschlecht in die Migrationsgeschichte einzuschreiben und die Geschlechtergeschichte zu migrantisieren« (S. 23). So werden die Veränderung traditioneller Familienstrukturen durch Migrationserfahrungen oder auch – wie die Autorin bereits selbst anspricht – die Ehe als »politisierte Praxis« (S. 413) eher am Rande thematisiert. Hier könnte eine nähere Analyse der Rolle von Religion im Migrationskontext türkischer Frauen zu der von Kimmerle angestrebten »Verkomplizierung« des Bildes türkischer Migrantinnen (S. 41) beitragen. Zwar versucht die Autorin auch bisher wenig erforschte Erfahrungen etwa von kurdischen Frauen zumindest punktuell mit in den Blick zu nehmen, jedoch offenbart sich hier letztlich vor allem die Größe der Herausforderung bei der Abbildung migrantischer Heterogenität.

Schließlich scheint Kimmerle ihre These des transnationalen Einflusses der Migrantinnen etwas überzustrapazieren. So skizziert sie zwar anhand des 1. Gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen 1984 in Frankfurt am Main eindrücklich die zunehmende transnationale Vernetzung des deutschen und türkischen Feminismus. An anderen Stellen beziehen sich die Ausführungen zum transnationalen Engagement aber vor allem auf gewerkschaftliche migrantische Organisationen im Allgemeinen. Auch die spannende, wenngleich phasenweise abschweifende Skizzierung der Auseinandersetzung um türkische Wahlkampfveranstaltungen in Deutschland als Kristallisationspunkt innen- und außenpolitischer Konflikte wird in der Analyse nur bedingt auf das zentrale Thema der politischen Aktivität migrantischer Frauen zurückbezogen.

Abgesehen von diesen wenigen kritischen Anmerkungen legt Kimmerle aber eine überzeugende, quellengesättigte und methodisch innovative Studie vor, die Migrations-, Geschlechter- und transnationale Geschichte in gewinnbringender Weise verbindet. Die systematische Analyse türkischer Quellen bereichert die deutsche Migrationsgeschichte um eine neue Perspektive und lädt dazu ein, etablierte Narrative kritisch zu hinterfragen. Mit ihrer fundierten und zugleich gut lesbaren Analyse gelingt es Kimmerle, den von ihr interviewten Frauen ein persönliches Gesicht zu verleihen und die Pluralität ihres politischen Engagements abzubilden. Ihr »Archiv der Spuren« (S. 415) ist damit Vorbild und Aufforderung zugleich, neue Fragen zu stellen und Migrant*innen selbst zu Wort kommen zu lassen.

Zitierempfehlung

Thaisa Cäsar, Rezension zu: Elisabeth Kimmerle, Frauen in Bewegung. Politische Räume von Migrantinnen aus der Türkei in West-Berlin 1961–1989, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82131.pdf>> [2.3.2026].



Sandra Funck

Klassenkämpfe.

Jugend, Schule und Politik um ›1968‹

(Veröffentlichungen der Historischen Kommission
für Niedersachsen und Bremen, Bd. 328)

Wallstein Verlag | Göttingen 2025

507 Seiten, gebunden | 34,00 €

ISBN 978-3-8353-5892-8

E-Book | 33,99 €

ISBN 978-3-8353-8864-2

rezensiert von

Phillip Wagner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Schulen stehen im Mittelpunkt der großen gesellschaftlichen Konflikte. Die Proteste für mehr Klimaschutz, die Streiks gegen den neuen Wehrdienst, aber auch zunehmend rechtsextremistische Kundgebungen zeigen, dass Schülerinnen und Schüler für ihre Belange auf die Straße gehen und nicht vor Konflikten mit der Erwachsenenwelt zurückschrecken. Die Zeitgeschichtsschreibung führt seit Längerem vor, dass politische Schülerbewegungen nicht allein ein Phänomen der Gegenwart sind. Sie traten erstmals um 1968 auf, als linke Jugendliche gemeinsam mit der Studentenbewegung gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg demonstrierten sowie eine Demokratisierung von Schule und Gesellschaft forderten. Damit schufen sie an den Schulen nicht nur einen Resonanzboden für linke Gesellschaftskritik, sondern riefen auch konservative Heranwachsende auf den Plan, die mit Unterstützung der CDU eigene Schülerorganisationen gründeten.¹

Sandra Funck möchte mit ihrer aus einer Dissertation hervorgegangenen Monografie verdeutlichen, dass die Schülerinnen und Schüler nicht nur bloße Anhängsel der aufsässigen Studierenden waren, sondern zwischen 1965 und 1975 ein eigenständiges Profil zwischen »Abgrenzung und Annäherung« (S. 463) zur Studentenbewegung entwickelten. Dabei konzentriert sie sich in Fallstudien auf Bremen, Itzehoe und Göttingen, vergleicht die Entwicklung an diesen Orten aber auch mit derjenigen in Hessen und punktuell auch in anderen Bundesländern. Die Autorin möchte damit sowohl einen Beitrag zur Kultur- und Politik-

¹ Vgl. Axel Schildt, Nachwuchs für die Rebellion – die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 229–251; Torsten Gass-Bolm, Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland, Göttingen 2005, hier S. 265–281; Linde Apel, Die Opposition der Opposition. Politische Mobilisierung an Oberschulen jenseits der Protestgeneration, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main/New York 2010, S. 57–72.

geschichte der »68er«-Proteste leisten, als auch allgemein die historische Bewegungsforschung, die Kulturgeschichte des Politischen und die bundesdeutsche Demokratiegeschichte bereichern.

Die Leistung von Funcks Studie liegt nicht darin, dass sie etwas grundstürzend Neues über die Proteste an den Schulen ans Licht bringt, sondern darin, dass sie unsere Sicht auf die Schülerbewegung umfassend nuanciert. Das zeigt sich bereits im ersten Teil der Arbeit, in dem die Autorin in bisher nicht gekannter Detailfülle die Organisationsdebatten insbesondere der politisch linksstehenden Schülerinnen und Schüler analysiert. Mit Hilfe der Studentebewegung bauten linke Jugendliche an den Schulen antiautoritäre Gruppen auf, woraus 1967 das allerdings kurzlebige Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) hervorging, das sich der Demokratisierung der Schule verschrieb und mit Happenings die Autoritäten provozierte. Überraschenderweise erhielt es dennoch in den Lehrerzimmern, Universitäten und Jugendpresseverbänden viel Unterstützung. Wichtig ist, dass die antiautoritären Gruppen nicht die einzige Strömung der Bewegung an den Schulen waren. Denn evangelische, liberale, christdemokratische und sozialdemokratische Verbände bauten um 1968 ebenfalls eigene Schülerorganisationen auf, die für eine demokratische Reform der Schule eintraten. An den politischen Rändern versuchten zudem kommunistische, maoistische und rechtsradikale Jugendverbände, die Heranwachsenden in ihrem Sinne zu agitieren.

Der zweite und dritte Teil der Arbeit besticht dadurch, dass die Autorin mit großer Liebe zum Detail rekonstruiert, wie sich die Schülerbewegung in die Debatten um die Reform von Schule und Gesellschaft einbrachten. Mit Recht schlussfolgert Funck, dass die »68er«-Bewegung an den Schulen vor allem »eine bildungspolitische Bewegung« (S. 299) war. Denn im Gegensatz zu den Rebellinnen und Rebellen an den Universitäten richteten das AUSS, aber auch kritische Schülerzeitungen und liberale Schülergruppen ihr Augenmerk vor allem auf eine Demokratisierung der Schule. Selbstverständlich beteiligten sich linke Jugendliche auch an den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, die NPD und den Vietnamkrieg. Doch das Besondere zumindest der linken Strömung der Schülerbewegung war, dass sie die Ideen der Neuen Linken auf die Reform der Schule übertrugen. Sie setzten sich für Meinungsfreiheit in der Schule, Mitspracherechte in der Schulverwaltung und mehr politische Inhalte im Unterricht ein. Darüber hinaus prangerten sie die Ungleichheit im Bildungssystem und in der Gesellschaft an. Vor allem das AUSS forderte darüber hinaus eine emanzipatorische Sexualkunde, um die jungen Menschen von vermeintlich überkommenen Moralstandards zu befreien. Dagegen stand die Aufarbeitung des Nationalsozialismus vielerorts nicht im Mittelpunkt, selbst wenn es, wie etwa in Göttingen, auch spektakuläre Affären um die nationalsozialistische Vergangenheit von Lehrkräften gab.

Funck verdeutlicht, dass die Proteste der Schülerinnen und Schüler tatsächlich immer wieder gesellschaftliche und politische Wirkungen zeitigten. So brachten sich linke und liberale Schülergruppen erfolgreich in die Debatten um eine Reform von Schülermitverwaltungs-, Schülerzeitungs- und Sexualkundeern ein, obwohl die Kultusverwaltungen nur selten ihre Forderungen vollständig übernahmen. Manchmal bewirkten die Proteste der Jugendlichen auch Effekte über die Bildungspolitik hinaus. So zum Beispiel in Bremen: Dort stellte sich die linke Schülerbewegung an die Spitze der Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr. Die Demonstrationen, die zu regelrechten Straßenschlachten führten, trugen nicht allein zu einer Debatte über Polizeigewalt bei, sondern veranlassten die Stadtverwaltung auch, die Fahrpreiserhöhung wieder zurückzunehmen. Ebenso ließ sich die sozial-liberale Bundesregierung von den Schülerprotesten inspirieren, als sie 1969/70 das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre absenkte.

Während die unbestrittene Leistung der Monografie darin liegt, die linke Schülerbewegung als eigenständige Akteurin der »68er«-Proteste in den Mittelpunkt zu rücken, können doch nicht alle ihre Thesen überzeugen. Zuerst fällt auf, dass die Autorin die Wirkungsmacht der Schülerinnen und Schüler um 1968 überschätzt. Zweifellos setzten sich vor allem engagierte Jugendliche an den Oberstufen für die Reform der Schülermitverwaltungs- und Schüler-

zeitungserlasse ein. Doch hätte viel stärker sozialgeschichtlich gewichtet werden müssen, dass in diesen Bewegungen nur ein verschwindend kleiner Teil der Jugendlichen aktiv war. Die Autorin deutet selber an, dass Schülerzeitungen und Schülergruppen ein Phänomen einer engagierten Minderheit an den mittel- und großstädtischen Gymnasien waren. Hinzu kommt, dass um 1970 in der Bundesrepublik überhaupt nur etwa 11 Prozent der 18-Jährigen auf ein Gymnasium gingen und diese Gruppe noch immer überwiegend aus Elternhäusern der Mittel- und Oberschicht kam. Offen bleibt demgegenüber, wie junge Menschen aus ländlichen Gebieten oder Arbeiterfamilien sowie die »schweigende Mehrheit« an den Gymnasien auf die »68er«-Proteste blickten. Zudem erfahren wir vor allem in Teil drei und vier relativ wenig über die Gegnerinnen und Gegner des AUSS und der anderen linken Schülergruppen. Wie diskutierten die christdemokratischen, aber auch die rechtskonservativen und rechtsradikalen Jugendlichen den Aufruhr an den Schulen? Und welche Agenda entwickelten die konservativen Gegner der »68er« aus dem Umfeld des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW) gegenüber den unangepassten Schülergruppen?²

Ebenso bleibt offen, wie die Autorin die Rolle von Politik, Verwaltung und Wissenschaft in den Debatten um die Forderungen der rebellischen Jugendlichen bewertet – ein Thema, das zuletzt in der Forschung einige Aufmerksamkeit gefunden hat.³ Funck zeigt zwar, wie die Verantwortlichen an den Schulen und in den Kultusverwaltungen teils die Schülerinnen und Schüler in ihrem Tun unterstützten, teils aber auch den Vertrieb von Flugblättern regulierten, Schulstreiks verhinderten, den Schülermitverwaltungen ein politisches Mandat absprachen und das Sprechen über Sexualität einschränkten. Allerdings analysiert sie nicht, wie Befreiungs- und Kontrollversuche miteinander zusammenhingen und was sie uns über die widersprüchliche Demokratisierungspolitik um 1968 sagen.

Zuletzt hinterlässt das zehnte Kapitel über andere Schülerproteste in Westeuropa einen ambivalenten Eindruck. Funck skizziert das Aufkommen von Schülerbewegungen in verschiedenen westeuropäischen Gesellschaften, beschreibt die kurzlebige Allianz von Schüler- und Arbeiterbewegungen in der norditalienischen Industriestadt Turin und kommt schließlich am Beispiel des dänischen »Kleinen Roten Schulbuchs« auf die Rolle von Verlagen für die transnationale Vernetzung der Schüler- und Jugendproteste zu sprechen. Das verdeutlicht ohne Zweifel, welches Potential eine transnationale Geschichte des Jugendprotests um 1968 hätte. Doch steht das Kapitel argumentativ unverbunden neben den anderen Teilen der Arbeit. Warum gerade Turin als Vergleichsfolie ausgewählt wurde, bleibt offen, und auch die transnationale Rolle der linken Verlage wird lediglich angedeutet.

Diese Monita ändern aber nichts daran, dass Funck mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Erforschung von »1968« an den Schulen geliefert hat. Mit ihrer gründlichen und quellen-gesättigten Darstellung setzt die Autorin Standards für die zukünftige Beschäftigung mit den Protesten jener Zeit. Es bleibt deswegen zu hoffen, dass das Buch weitere Studien zur Politisierung von Schülerinnen und Schülern auch über die 1970er-Jahre hinaus anregt.

Zitierempfehlung

Phillip Wagner, Rezension zu: Sandra Funck, *Klassenkämpfe. Jugend, Schule und Politik um »1968«*, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82132.pdf>> [2.3.2026].

² Vgl. dazu *Nikolai Wehrs*, *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren*, Göttingen 2014, hier S. 371–384.

³ Vgl. *Phillip Wagner*, *Paradoxes of Democratization. Social-liberal Reformism, Education and Citizenship in West Germany after 1968*, in: *European Review of History* 29, 2022, S. 954–977.